

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 56, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a. M., 22. März 1949

Seite 1

Heute lesen Sie:

Aus der Union

Ein Verständigungs-Ausschuß, der sich aus CDU-Politikern und früheren Zentrums-Angehörigen zusammensetzt, wurde in Anwesenheit des früheren Zentrumsvorsitzenden, Dr. Spiecker, und des früheren Zentrumsvorsitzenden in Paderborn, Ferdinand Haaken, im Kreise Warburg gebildet. Ähnliche Bestrebungen sind in den übrigen Kreisen Nordrhein-Westfalens im Gange. Durch diese Verständigungsgespräche soll eine Zusammenarbeit auch auf höhere als Kreiserebene in Gang gebracht werden.

Der ehemalige Zentrumsvorsitzende, Minister a. D. Dr. Spiecker, hat seinen Beitritt zur CDU erklärt. Die Zentrumsabgeordneten Muckermann, Feih, Kemper und Steffensmeier sind ebenfalls Mitglied der CDU geworden und gehören jetzt der CDU-Fraktion des Landtages von Nordrhein-Westfalen an.

Flüchtlingswesen

Dr. Adenauer, Prof. Dr. Erhard und Arbeitsdirektor Storch werden auf einer großen repräsentativen CDU-Flüchtlings-Tagung am 1. und 2. April in Königswinter zu den Mitgliedern und Delegierten des Zonen-Flüchtlings-Ausschusses und der Landesflüchtlings-Ausschüsse sprechen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Probleme: Grundsätzliche Fragen zum Lastenausgleich, Forderungen an Bonn, die Wahlen zum kommenden Volkstag und Organisationsfragen. Am 31. Mai findet ebenfalls in Königswinter eine Tagung des Flüchtlings-Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU statt.

Grenzlandfragen

"Die CDU wird in der südwestdeutschen Länderfrage ihre strikte Neutralität aufrechterhalten", erklärte der Landesvorsitzende der süd-badischen CDU, Anton Dichtel. Er distanzierte sich klar von der sogenannten "Geheimkonferenz" in Bühl und betonte, deren rein privaten Charakter. Es wird erwartet, daß sich im Bodenseegebiet ein Komitee für den Länderzusammenschluß bildet, ähnlich der kürzlich erfolgten Gründung der Arbeitsgemeinschaft zur Herstellung des alten Baden".

JUNGE UNION

Die JU Baden lehnte den von den süd-badischen Jugendverbänden ausgearbeiteten Entwurf zu einem "Arbeitsschutzgesetz für Jugendliche" wegen des darin vorgesehenen Streikrechts für Jugendliche ab. Die JU Baden erklärte hierzu, daß sie zwar ein Streikrecht für Jungarbeiter anerkenne, ein solches für Lehrlinge jedoch ablehnen müsse, da es sich bei deren Arbeitsverhältnis um ein Lehrverhältnis handle, in das durch das Mittel des Streiks nicht eingegriffen werden kann.

Aus der UnionZur Einladung Piecks
=====

Das Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands äußert sich zu dem Vorschlag des Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck, eine Delegation des Parlamentarischen Rates und des Wirtschaftsrates zu einer Konferenz mit einer Abordnung des deutschen Volksrates nach Braunschweig einzuladen, dahin, daß die Voraussetzungen für ein vertrauensvolles Gespräch auf dieser Ebene nicht gegeben sind. Der Vorschlag wird nach Meinung des Generalsekretariates weder in Frankfurt a.M. noch in Bonn angenommen werden. Er ist nur geeignet, eine Verwirrung in die klare Haltung der deutschen Bevölkerung zu tragen, die eine Einheit nach den Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit erstrebt.

BerlinDiktaturgelüste der Berliner SPD
=====

Die Berliner SPD hat mehr als einmal bewiesen, daß sie für sich beansprucht, die alleinige Wahrerin der Interessen der blockierten Stadt zu sein. Mit einer an Blasphemie grenzenden Überheblichkeit, die jeder sachlichen Grundlage entbehrt, nahm die SPD-Fraktion zu einem Dringlichkeitsantrag der CDU Stellung, in dem diese sofortige Verhandlungen mit den Besatzungsmächten über die Deckung der durch die Blockade entstandenen Schulden forderte. Von der Berliner Bevölkerung könne nicht verlangt werden, daß die durch die Blockade entstandenen Kosten allein von Berlin getragen würden. - Zu diesem Vorschlag, gegen den sachliche Einwendungen nicht zu erheben sind, nahm der Fraktionsvorsitzende der SPD, Swolinzky, in einer ausfälligen Form Stellung, indem er der CDU nahelegte, ihren Antrag zurückzunehmen, da der Magistrat ohnehin alles in seinen Kräften stehende tue. Der Antrag der CDU-Fraktion entspreche nur dem "Agitationsbedürfnis" einer kleineren Partei! Aus dieser Einstellung einer verantwortungsbewußten Fraktion gegenüber spricht eine Überheblichkeit, die nur aus dem Bestreben zu erklären ist, die zahlenmäßige Überlegenheit in diktatorischer Weise auszunützen. Was eine solche Haltung mit Demokratie zu tun hat, ist unverständlich.

Aus der Sowjetzone"Mißliebige" werden ausgeschlossen
=====

Mit sowjetischer Unterstützung wird zunächst in Sachsen in der CDU in grossem Umfang eine Säuberung von "mißliebigen" Elementen vorgenommen. Da die Opposition gegen Otto Nuschke und Georg Dertinger wegen ihrer russenhörigen Einstellung immer mehr wächst, werden jetzt alle die Mitglieder aus der CDU ausgeschlossen, die Kritik an der engen Zusammenarbeit mit der SED geübt haben. Man bezichtigt diese "sowjetfeindlicher" Agitation.

Da er sein Amt mehr nach fachlichen als nach politischen Gründen geleitet hat, soll der Brandenburger Justizminister Stargardt (Ost-CDU) aus seinem Amte ausscheiden. Vor allem von der SED wird gegen das Potsdam Justizministerium hinter den Kulissen gearbeitet. Stargardt will zunächst einen längeren Erholungsurlaub antreten, den er in Bad Liebenstein (Thüringen), nahe der Zonengrenze, verbringen will.

KPDWie die KPD es sich denkt
=====

Auf eine Anfrage innerhalb einer Ausschußsitzung des Süd-Badischen Landtages, wie die KPD sich zur Frage der Oder-Neiße-Linie verhalte, entgegnete der Landesvorsitzende der süd-badischen KPD, Abg. Erwin Eckert, "daß mit einer Korrektur der Ostgrenze gerechnet werden könne, wenn sich in Deutschland eine geistige Wandlung vollziehen würde, die es Rußland ermöglichen würde, an den Friedenswillen des Deutschen Volkes zu glauben!" - Mit anderen Worten: Wenn wir alle Kommunisten wären und uns dem Osten auslieferten, dann ...

JUNGE UNIONTagung der JU Nord-Württembergs
=====

Die JUNGE UNION Nord-Württembergs befaßte sich während ihres Landtages in Stuttgart mit Fragen des Bonner Grundgesetzes, der Soforthilfe und des Lastenausgleichs. In den Aussprachen wurde außerdem eine Volksabstimmung über das Wahlrecht gefordert und auf die Wichtigkeit des Mehrheitswahlrechtes und der Anerkennung des Elternrechtes hingewiesen. Darüber hinaus wurde zum Ausdruck gebracht, daß zur Behebung der großen Notlage breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere der Heimatvertriebenen, Kriegs- und Währungsgeschädigten sowie infolge Krankheit und Alter aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen die beschleunigte Durchführung der vom Wirtschaftsrat verabschiedeten Gesetze über die Soforthilfe und über die Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich sei. Den Höhepunkt der Tagung bildete eine Kundgebung im Plenarsaal des Landtages, auf der Anton Storch, der Direktor für Arbeit, über die wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sprach.

SPDDie "soziale" SPD
=====

Die Stadt Marburg beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit dem Aufbau einer Jugendsiedlung für heimatlose Jugendliche. Dieses soziale Werk hat in den letzten Monaten gute Fortschritte gemacht. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Marburg sollten für diese Siedlung auf Grund einer Magistratsvorlage DM 12000.- bewilligt werden.

Daß die National-Demokratische Partei diesem Vorschlag nicht zustimmen würde, wurde allgemein erwartet, daß sich aber die Sozialdemokratische Fraktion gegen den Antrag stellte, erregte großes Befremden. Dennoch wurden die nötigen Mittel für die weitere Aufbauarbeit der Jugendsiedlung mit knapper Mehrheit mit den Stimmen der CDU, LDP und KPD gegen NDP und SPD bewilligt.

=====

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr.64.

Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.

Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M., III/49/600.

Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DU^H gestattet.

=====